

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 11.02.2015	18:30- 21:25 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

Anwesenheit

SPD-Fraktion

Sebastian Rausch ,

Fraktion DIE LINKE.

Martin Gollmer , Gerold Sachse ,

CDU-Fraktion

Jens Hoffrichter , Uwe Koch ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer , Matthias Rudolph ,

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz ,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Barbara Scharf ,

Abwesend

SPD-Fraktion

Stefan Sarrach ,

Gäste

Herr Stepniak – Mitarbeiter der Stadtverwaltung Eberswalde

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Rausch begrüßt die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung und besonders Herrn Stepniak, Mitarbeiter in der Kämmerei der Stadt Eberswalde.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der Ausschussmitglieder, mit Ausnahme von Herr Sarrach (SPD), der entschuldigt ist, werden festgestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.01.15

Nachfolgende Änderungen an der Niederschrift der Sitzung vom 14.01.15 werden vorgenommen:

TOP 3

- Seite 2, nach dem letzten Satz einfügen: Herr Rausch begründet die Rücknahme damit, dass gegenwärtig nicht allen Ausschussmitgliedern die Informationsdrucksache vorliegt.

TOP 6

- Seite 3, 5.Zeile, nach „Senkung“ einfügen: von 42,8 % auf 39,8 %

TOP 7

- Seite 4, nach der 16.Zeile einfügen: Herr Rudolph gibt zu bedenken, dass die Schweizer Nationalbank jeder Zeit die Kopplung des Schweizer Franken an den Euro aufheben kann.

- Seite 4, nach dem letzten Satz einfügen: Die Mehrheit der Ausschussmitglieder schließt sich diesem Vorschlag an.

TOP 8

- Seite 4, 5.Zeile: statt „dieses Geschäftes“: der Prolongation (3 Monate) und das Fehlen eines Ausstiegsszenarios.

Der geänderten Niederschrift wird mit 8 Ja - Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Herr Rausch bittet darum, dass die Ausschussmitglieder am Ende der Sitzung Themen für die nächste Sitzung festlegen mögen.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Bürgerhaushalt am Beispiel der Stadt Eberswalde

Herr Stepniak ist der Projektverantwortliche für das „Bürgerbudget“ in der Stadt Eberswalde. In einem 40- minütigen Vortrag stellt er das Modell des Bürgerhaushaltes der Stadt Eberswalde vor und berichtet über Erfahrungen, die bei der Umsetzung gemacht worden sind. (Referat und Informationsmaterial liegen der Niederschrift bei.)

Anschließend stellt sich der Referent den kritischen Fragen der Ausschussmitglieder. Es findet eine lebhaftige Diskussion statt, in deren Ergebnis die Anwesenden grundsätzliche Zustimmung zu diesem Modell des Bürgerhaushaltes signalisieren.

Auf der Grundlage des von Herrn Stepniak zur Verfügung gestellten Materials wird das Thema „Bürgerbudget“ in den Fraktionen diskutiert werden und Thema des nächsten Ausschusses für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt sein.

Entsprechende Empfehlungen werden dann dem Hauptausschuss vorgelegt.

TOP 6.2 Einbringung des Haushaltsplanes 2015 einschließlich Finanzplan für die Jahre 2015-2018 **6/082**

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2015 mit den entsprechenden Plänen liegt allen Ausschussmitgliedern vor.

Eingangs erläutert der Kämmerer den Planentwurf für das Haushaltsjahr 2015 mittels einer Präsentation. Hierbei werden besondere Entwicklungstendenzen noch einmal hervorgehoben.

Die Präsentation ist als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Schwerpunktthema ist nach dieser Einführung die Darstellung des § 5 der zukünftigen Haushaltssatzung. Aufgrund der Beanstandung der Darstellung in den letzten Jahren durch die Rechnungsprüfung, hat die Verwaltung eine nach Produkten und Sachkontengruppen detaillierte Wertgrenzenfestlegung für die Genehmigung von außer- und überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen vorgelegt. Dabei wurden die Wertgrenzen gegenüber der Festlegung im Jahr 2014 von 25 T€ auf 50 bzw. 100 T€ angehoben.

In der anschließenden Diskussion kristallisieren sich zwei Probleme heraus,

1. muss die Festlegung so detailliert erfolgen? Und
2. ist die Anhebung der Wertgrenzen von 25 T€ auf 50 bzw. 100 T€ nachvollziehbar?

Herr Dr. Fehse begründet die Erhöhung mit der Blockierung des Verwaltungshandels bei der Beibehaltung der Grenze von 25 T€. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf die im Punkt 3.3. festgelegte Informationspflicht über durch den Kämmerer erteilte Genehmigungen von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen zum 30.06.2015 und 31.12.2015 gegenüber der Stadtverordnetenversammlung hin.

Nach einer intensiven Diskussion wird von den Ausschussmitgliedern mehrheitlich (Ja-Stimmen: 6, 3 Stimmen für die Wertgrenze von 25 T€, 1 Enthaltung) der vorliegende Vorschlag der Verwaltung favorisiert. Abschließend entscheiden muss die Stadtverordnetenversammlung.

Über weitere spezielle Fragen und Probleme wird anschließend debattiert.

Herr Fischer (BFZ) stellt das Thema Kreditrahmen des Kassenkredites zur Diskussion. Er möchte den gegenwärtigen Kassenkredit bei der Sparkasse auf 16 Mio € festschreiben.

Dr. Fehse erläutert, dass nach der neuen Kommunalverfassung die Stadt die Möglichkeit hat, den Rahmen des Kassenkredites unabhängig von der Haushaltssatzung neu festzulegen. Auch ist er nicht an die Sparkasse gebunden. Es werden regelmäßig die Konditionen dafür von entsprechenden Geldinstituten abgefragt.

Herr Fischer hat ebenfalls Probleme mit der Ausweisung der Rentierlichkeit der Objekte Jugendgästehaus (JGH) und NCC-Bürogebäude. Lt. Planentwurf wird im Produkt JGH ein Verlust ausgewiesen. Der Kämmerer erläutert dazu, dass nicht alle Aufwendungen in diesem Produkt ausgewiesen werden (Zinsen u.a.), diese aber in der Abrechnung mit dem Kreis berücksichtigt werden.

Herr Fischer hinterfragt die im Produkt „Stadtfeste“ ausgewiesenen 1,8 VZE (Vollzeiteinheiten).

Herr Dr. Fehse führt aus, dass es sich hierbei um einen jährlichen Durchschnitt handelt, da zu den Stadtfesten immer mehrere Mitarbeiter aus verschiedenen Bereichen zum Einsatz kommen.

Herr Sachse (Die Linken) bittet Herrn Dr. Fehse um eine Aufschlüsselung der Aufwendungen im Produkt „Sonstige Jugendarbeit“.

Herr Rudolph (BFZ) möchte wissen, warum für die Bürgerbeteiligung (S.61 des Entwurfs) nur im Jahr 2015 10 T€ eingeplant wurden und in den folgenden Jahren keine Mittel. Lt. Herrn Dr. Fehse kann es sich nur um ein Versehen handeln.

Herr Fischer hinterfragt die Investitionsmaßnahme Kunstrasen Friesenstadion in Höhe von 830 T€. Diese Forderung wird schon seit Jahren gestellt. Der neue Platz soll vor allem für das Training von Jugendmannschaften genutzt werden.

Herr Aritz (Bündnis 90/Die Grünen) möchte wissen, was unter einem Schleppgerät (22,5 T€) für das Friesenstadion zu verstehen ist.

Weiterhin wird über die Notwendigkeit der eingeplanten Verschattung der Fenster der Verwaltung für 200 T€ diskutiert. Dr. Fehse erklärt das Erfordernis, auch mit der Einhaltung der „Arbeitsstättenverordnung“. Hier muss aber noch eine Einigung mit dem Vermieter getroffen werden.

Herr Rudolph äußert die Bitte, ihm die aktuellen vorläufigen Ergebnisse der Jahre 2013 und 2014 entsprechend der Aufstellung im Planentwurf mittels einer Datei zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls bittet er darum, ihm eine Aufstellung der laufenden Kredite und wenn möglich, der dazugehörigen Investitionen zu erarbeiten. Herr Dr. Fehse bemerkte dazu, dass im öffentlichen Bereich das Gesamtdeckungsprinzip angewandt wird und eine direkte Zuordnung nur ausnahmsweise möglich ist.

Weiterhin bemerkt Herr Rudolph, dass lt. Cashmanagementbericht 2014 zwei Gesellschaften (SBH und FSF) permanent ihre vorgegeben Kreditlinie überschritten haben.

Dieses Problem wird als Thema des Hauptausschusses angesehen.

Herr Apitz hinterfragt den Stand der Kreisumlage. Herr Dr. Fehse äußert sich, dass nach dem 22.02. die Kommunen durch den Kreis informiert werden und am 11.03.15 eine Anhörung der Kämmerer dazu erfolgen wird.

Die Entscheidung liegt dann bei den Kreistagsabgeordneten.

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Es liegen keine Informationen der Verwaltung vor.

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses liegen nicht vor.

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Herr Rausch beendet die öffentliche Sitzung.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 25.03.15 zum Thema "Bürgerhaushalt" statt.

Die Niederschrift umfasst vier Seiten.

Sebastian Rausch
Vorsitzender

Barbara Scharf
Schriftführerin